


**Wir stellen uns  
dem Wettbewerb  
um den besseren Weg  
in eine Zukunft  
von Freiheit,  
sozialer Gerechtigkeit  
und Sicherheit**



**Wortlaut der Reden von  
Wolfgang Schäuble und  
Friedrich Merz in der  
Haushaltsdebatte des  
Deutschen Bundestags  
am 15. und 16. September**

*Wir brauchen weniger Staat, weniger Bürokratie und mehr Dynamik, und das gilt für den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt – vom Niedriglohnsektor bis zu den Existenzgründern und neuen Dienstleistungen, und es gilt genauso im Sozialbereich.*

**Wolfgang Schäuble**

Wolfgang Schäuble:

## Wir stellen uns dem Wettbewerb um den besseren Weg in die Zukunft

**In der Haushaltsdebatte um den Kanzleretat führte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, unter anderem folgendes aus:**

Eine Debatte über die Grundrichtung deutscher Politik – Sinn der Generalausprache zum Kanzleretat – fällt schwer, weil eine konsistente Grundrichtung der Politik der Regierung Schröder nicht erkennbar ist.

Zickzackkurs, gebrochene Versprechungen, markige Ankündigungen und dann nur heiße Luft – inzwischen sind Sie überwiegend mit der Korrektur Ihrer Fehler aus den ersten zehn Monaten beschäftigt.

Inszenierungen und wohlklingende Begriffe – leider ohne Substanz. „Innovation und soziale Gerechtigkeit“ war die Überschrift Ihrer Koalitionsvereinbarung – jetzt kürzen Sie die Ausgaben für Forschung und Bildung und die Investitionen im Bundeshaushalt und nennen das „Zukunftsprogramm“, und statt sozialer Gerechtigkeit manipulieren Sie die gesetzlich fällige Rentenanpassung, nehmen den kleinen Leu-

ten die 630-Mark-Jobs weg und die Arbeitslosigkeit steigt.

Rückschritt und Verunsicherung ist das Ergebnis statt Aufbruch und eine tiefe Enttäuschung quer durch alle Altersschichten und alle Regionen in Deutschland. Die Wähler laufen Ihnen in Scharen davon. Aus unserer Sicht nicht das Schlimmste. Nach dem Debakel bei der Europawahl am 13. Juni versprochen Sie: „Ich habe verstanden“. Drei Monate später ist nicht zu erkennen, was Sie denn eigentlich nun verstanden haben wollen. „Augen zu und durch“ heißt es jetzt. Neue Gremien. Herr Struck redet jetzt öfters mit seinen parlamentarischen Geschäftsführern – aber die Menschen wollen nicht neue Gesprächszirkel, Herr Bundeskanzler, sie wollen, dass sich etwas ändert an Ihrer Politik.

Dass Sie durch Regierungshandeln die Dinge noch zum Besseren wenden, erwarten Sie offenbar gar nicht mehr – wie anders ist zu erklären, dass Herr Müntefering, nachdem er in gut zehn Monaten als Bau- und Verkehrsminister nichts bewirkt hat, nun schon wieder in die SPD-Zentrale

zurück soll, um den Wahlkampf 2002 vorzubereiten. Noch ist nicht ein Jahr der Legislaturperiode vorüber, und schon fällt Ihnen nur noch ein, den nächsten Wahlkampf vorzubereiten – deutlicher kann eine Politik ohne Substanz nicht beschrieben werden.

Das, Herr Bundeskanzler, haben die Menschen, die Ihnen vor einem Jahr ihr Vertrauen schenkten, nicht erwartet, und das hat unser Land nicht verdient. Die Verunsicherung von Investoren, Unternehmern, Arbeitnehmern und Verbrauchern hat zu einem Abbruch des wirtschaftlichen Aufschwungs geführt, und die Arbeitslosigkeit, die noch im letzten Jahr von Januar bis September saisonbereinigt um 400.000 zurückging, steigt seit März wieder an. Dabei kommt Ihnen noch zugute, dass mehr Ältere aus dem Erwerbsleben ausscheiden als Jüngere eintreten.

**Ein verlorenes Jahr nicht nur für die Arbeitslosen in Deutschland. Deswegen kommt das Thema Arbeitsmarkt und Arbeitsplätze in jüngster Zeit bei Ihnen auch kaum noch vor.**

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 ist Ausdruck dieser Politik. Große Ankündigungen und wenig Substanz. Dreißig Milliarden sollen gespart werden, weil Eichel und Schröder plötzlich die öffentliche Gesamtverschuldung als Problem erkannt haben wollen. In Wahrheit schon wieder eine gigantische Irre-

führung. Von 1993 bis 1998 sind die Ausgaben im Bundeshaushalt nicht angestiegen, aber in diesem Jahr 1999 haben Sie sie um dreißig Milliarden erhöht, von denen jetzt nur ein Teil wieder zurückgeführt werden soll. Das ist die Substanz, und der Rest ist Inszenierung und Irreführung.

Von welcher Zahl gehen Sie eigentlich aus, wenn Sie angeblich 30 Milliarden DM einsparen wollen? Gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung der Regierung Kohl/Waigel liegt Ihr Ausgabenplafond für nächstes Jahr um 9 Milliarden höher, und gegenüber dem Haushalt 1999 sinken die Ausgaben nur um 7,5 Milliarden DM.

Natürlich ist eine Gesamtverschuldung von 1,5 Billionen DM ernst zu nehmen. Aber sie muss auch ins Verhältnis gesetzt werden zu einem Volkseinkommen von annähernd 4 Billionen DM gegenüber 1,6 Billionen beim Amtsantritt von Helmut Kohl 1982. Und die Überwindung der Folgen von Teilung und sozialistischer Diktatur in der ehemaligen DDR in vierzig Jahren, das sind Investitionen in die gemeinsame Zukunft der Deutschen, deren Finanzierung nicht anders als über eine Generation verteilt werden kann. Darüber waren sich 1990 bei der Wiedervereinigung, 1991 beim Solidarpakt und 1995 beim Föderalen Konsolidierungsprogramm alle einig – Bund

und Länder, wobei die Länder peinlich darauf geachtet haben, dass das meiste beim Bund landete. Es waren alle Länder, zugegeben, aber Sie hatten die Mehrheit, Sie waren die Wortführer – und das jetzt zu beklagen, ist schon ein Stück aus dem Tollhaus! Und alle weitergehenden Sparvorhaben haben Sie in den letzten Jahren mit Ihrer Mehrheit im Bundesrat blockiert – der Brandstifter sollte sich wirklich nicht um das goldene Feuerwehrabzeichen bewerben.

Und von den angeblich 30 Milliarden bleibt nicht viel übrig, wenn man genau hinschaut. Einsparungen durch Kürzungen fiktiver Erhöhungen etwa im öffentlichen Dienst – das erinnert an die Geschichte von Michael Glos von dem Rabbiner, der sparte, in dem er hinter der Straßenbahn herlief, und den seine Frau dann schalt, dass er nicht hinter einem Taxi hergelaufen sei. Und Verschiebungen in Milliardenhöhe zu Lasten der Kommunen, Länder und der Sozialversicherung entlasten im Ergebnis die Wirtschaft, die Steuer- und Abgabenzahler so wenig wie sie an der öffentlichen Gesamtverschuldung etwas ändern.

**Sparen tut Not – das ist unstrittig. Wenn Sie jetzt endlich auch zu dieser Erkenntnis gekommen sind, dann werden wir uns als Union weder im Bundestag noch im Bundesrat verweigern.**

**Aber auch Sparen muss man richtig machen, und damit sind wir**

### **beim Grundmangel Ihrer Politik. Sie können es nicht.**

Die Menschen wissen um die Notwendigkeit sparsamen Wirtschaftens, und sie wissen um den schnellen Wandel der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse, durch Veränderungen von Arbeitswelt, Erwerbsbiographien, durch Globalisierung und Revolution der Informations- und Kommunikationssysteme. Deshalb sind sie zu Veränderungen bereit. Aber sie brauchen Halt und Richtung. Wandel schafft auch Verunsicherung. Wer in Panik gerät, klammert sich fest. Deshalb sind Verlässlichkeit und Vertrauen Grundlage für Reformen und Innovation.

Wortbruch und Substanzlosigkeit zerstören Reformbereitschaft und Integrationsfähigkeit. Da helfen die schönsten Papiere nicht, auch nicht das von Schröder oder das von Blair, von dem man ja jetzt – und das ist typisch – sagt, es gelte nicht für deutsche Politik, sondern sei für europäische Diskussionen gedacht. Ja, liegen wir denn außerhalb Europas? Das Grundproblem bleibt, ja, stellt sich drängender in der modernen Welt: Wie bleiben wir in all den weltweiten Entwicklungen gemeinschaftsfähig? Wie können wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde für alle und jeden gesichert werden, dass jeder teil hat –

jeder wird gebraucht und keiner darf ausgegrenzt bleiben.

Das braucht Maß und Mitte, Freiheit und Verantwortung, Vielfalt und Ausgleich. Und dazu müssen wir die Kräfte der Menschen nutzen, ihre Leistungsbereitschaft, ihren Fleiß, ihre Hingabe und Tüchtigkeit, ihre Verantwortlichkeit und Zuwendung zum Nächsten, ihre Phantasie, ihre Kreativität, Hilfsbereitschaft und Flexibilität. Das Potential ist vorhanden, und wenn wir uns über Werte und Ziele verständigen, können wir das nutzen. Nichts davon ist in Ihrer Politik zu finden.

**Sie spalten und verunsichern, und das Ergebnis ist Stillstand und Resignation statt Mut zur Zukunft.**

Wir haben in Deutschland ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichen Räumen. Das gehört zu den großen Vorzügen unseres Landes und ist für ein so dicht besiedeltes Land ein Segen. Aber ohne lebensfähige Landwirtschaft gibt es keinen lebensfähigen ländlichen Raum. Deshalb ist Ihre Politik, die im Doppelschlag von gescheiterter Reform der europäischen Agrarpolitik auf dem Berliner Gipfel und nun dramatischen Kürzungen im Agrarhaushalt den Bauern durchschnittliche Einkommenseinbußen von 20 % und mehr ohne jede Zukunftsperspektive zumutet, nicht nur eine Politik gegen die

Bauern – was Sie ja weniger stört, weil die Sie ja nicht gewählt haben – sondern sie ist zugleich eine Politik gegen die Stabilität unserer regionalen Struktur und damit unserer sozialen und politischen auch. Sparsam wirtschaften heißt hegen und pflegen, Sie zerstören Strukturen, und daraus wird keine Zukunft.

Beim Aufbau einer leistungsfähigen Verkehrs- und Infrastruktur in Ostdeutschland kürzen, Investitionen zurückfahren, das ist nicht nur ein Wortbruch, nein, es erschwert die Zukunft, weil wir in Deutschland insgesamt um so besser vorankommen, je schneller der Rückstand aus Teilung und Sozialismus überwunden wird. Die Investitionsquote fällt in den nächsten Jahren auf einen bisher nicht gekannten Tiefstand, und das erinnert an jenen schwäbischen Bauern, der mit einer Mischung aus Entsetzen und Verärgerung feststellt, dass ihm seine Geis just in dem Moment gestorben war, in dem er ihr das Fressen erfolgreich abgewöhnt hatte.

Hätten wir eine Fortsetzung der Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt aus dem vergangenen Jahr – voraussichtlich 2,3 % Wachstum und 400.000 weniger Arbeitslose gegenüber jetzt nur noch 1,3 % Wachstum und steigender Arbeitslosigkeit – dann wäre die Lage der Bundesfinanzen um zweistellige Milliardenbeträge besser. Auch das beweist, dass Sie nur Löcher not-

dürftig zu flicken suchen, die Sie selbst gerissen haben.

Wenn wir die öffentliche Verschuldung in tragbaren Grenzen halten, wenn wir sparsam wirtschaften wollen, dann müssen alle öffentlichen Haushalte, – Bund, Länder und Kommunen und Sozialversicherung – langfristig, stetig, verlässlich in ihren Zuwächsen begrenzt werden. Die Zuwächse müssen unter dem Anstieg der Einnahmen und, damit die Abgabenbelastung reduziert wird, unter dem Anstieg des Volkseinkommens bleiben.

**Das war die Politik von Helmut Kohl und Theo Waigel, und sie war ungeachtet ihrer billigen und demagogischen Polemik erfolgreich, wie nicht zuletzt das Erreichen der Maastricht-Kriterien beweist.**

Volkswirtschaftlich wichtiger als die Gesamtverschuldung ist auch der jährliche Finanzierungssaldo, und zwar in Bezug auf das Volkseinkommen, und die Finanzierungssalden des Bundes betragen eben 1981 2,47% des Bruttoinlandprodukts, 1982 2,37%, waren dann in den weiteren achtziger Jahren wesentlich niedriger, stiegen nach der Wiedervereinigung noch einmal an, aber niemals auf die Höhe von Anfang der achtziger Jahre und 1998 betrug der Finanzierungssaldo 1,49% des BIP – noch einmal im Vergleich dazu: 1982 2,37%.

Und für die Frage der Belastung von Wirtschaft, Steuern- und Abgabebzahlern ist die Staatsquote die wichtigste Größenordnung, und diese Staatsquote, die Ausgabe des Staates insgesamt, alle Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung zusammen, betrug 1982 50,1% des Bruttoinlandprodukts, 1989 45,8%, stieg dann nach der Wiedervereinigung wieder auf um die 50 % und war 1998 immerhin schon wieder auf 48% zurückgeführt.

Begrenzung der Ausgabenzuwächse auf allen Ebenen – also Reduzierung von Staatsquote, Steuer- und Abgabenbelastung – muss grundsätzlich angelegt werden, ohne klare Zuständigkeitsabklärung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, auch Europa, ist es nicht zu schaffen, weil Misszuständigkeiten zu Verantwortungsverwischung führen, und Dezentralisierung, klare Verantwortlichkeiten sind die besseren Voraussetzungen für Effizienz und Sparsamkeit.

Warum legen wir Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nicht zusammen? Dreißig Milliarden zahlt der Bund der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslosenhilfe, und fünfzig Milliarden geben die Kommunen für Sozialhilfe aus. Im Alltag schieben sich Sozialhilfeträger und Arbeitsverwaltung oft gegenseitig Verantwortlichkeit und Finanzierungszuständigkeit zu, und die Reibungsverluste sind teuer, für die betroffenen Menschen wie für

den öffentlichen Gesamthaushalt. Wenn der Bund den Kommunen die Zuständigkeit für die Arbeitslosenhilfe und die bisher der Bundesanstalt für Arbeit dafür gewährten Mittel überträgt, wird mit weniger Mitteln insgesamt mehr Hilfe durch Zuständigkeitskonzentration und Dezentralisierung erreicht.

Und wenn dann die Verwerfungen zwischen niedrigen Arbeitseinkommen und Transferleistungen besser abgebaut werden, dann werden wir im Niedriglohnbereich wie bei flexibleren Arbeitszeiten neue Beschäftigungs- und Wachstumspotentiale erschließen. Der Finanzminister hat gestern zu Recht von der bei uns höheren Beschäftigungsschwelle gesprochen, also von dem Problem, dass erst oberhalb von 2% Wachstum zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, in anderen Europäischen Ländern schon oberhalb von 1%. Wenn wir das ändern wollen, brauchen wir mehr Flexibilität und Deregulierung im Arbeitsmarkt und müssen die Zutrittsbarrieren insbesondere im Niedriglohnbereich absenken. Aber unsere Reformen dafür haben Sie zurückgenommen, und eine weitergehende Reform der Sozialhilfe blockiert.

Ich appelliere an Sie, endlich unsere Kombi-Lohn-Modelle zu übernehmen. Statt dessen haben Sie mit Ihrer unsinnigen Gesetzgebung für die 630-Mark-Jobs und zur Bekämpfung sogenannter Scheinselbständigkeit

Arbeitsplätze zu Hauf zerstört und Flexibilität abgebaut. Wenn wir durch die richtigen Rahmenbedingungen die Potentiale, die in den Menschen stecken, richtig nutzen – motivieren, fördern, fordern – erzielen wir bessere Ergebnisse für alle als durch immer mehr Planung, Intervention, Bürokratie. Ob Sozialisten das jemals verstehen? Ich fürchte nein.

**Denn selbst Herr Eichel hat ja die Notwendigkeit zu Einsparungen dieser Tage damit begründet, der Staat müsse wieder interventionsfähig werden. Damit bestätigt Eichel, dass er wirklich ein Linker geblieben ist – insofern Beständigkeit im Irrtum – aber einen Mangel an Interventionen haben wir nun wirklich nicht in Deutschland.**

Wir brauchen weniger Staat, weniger Bürokratie und mehr Dynamik, und das gilt für den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt – vom Niedriglohnsektor bis zu den Existenzgründern und neuen Dienstleistungen und es gilt genauso im Sozialbereich.

### **Stichwort: Gesundheitsreform**

Was haben Sie nicht für unsinnige Polemik gegen unseren Weg sozial zumutbar begrenzter Zuzahlungen – ein Drittel der Versicherten war ja gar nicht betroffen – geführt! Jetzt haben Sie die Eigenbeteiligung zugunsten der Budgetierung zurückgeführt, das bürokratische Durcheinander ist

grusam und der Weg in die Zweiklassen-Medizin ist vorprogrammiert.

### **Stichwort: Rente**

Es geht doch nicht um die Frage, ob Reformen nötig sind, sondern ausschließlich um die Frage, wie man Reformen richtig macht. Wir wollen den Generationenvertrag der dynamischen Rente erhalten. Er entspricht unserem Grundverständnis von gegenseitiger Verantwortung der Generationen füreinander, und er sichert die langfristig berechenbare Teilhabe auch der Älteren während ihres Ruhestandes an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung. Was Sie wirklich wollen, ist zunehmend unklar, denn wenn Sie immer mehr Steuermittel in die Rente leiten und gleichzeitig dauernd von Grundsicherung faseln, sind Sie auf dem Weg zur steuerfinanzierten Einheitsrente – weniger Eigenverantwortung und mehr Abhängigkeit vom Kollektiv.

Wer die dynamische Rente angesichts der Veränderungen im Altersaufbau zukunftssicher halten will, kommt um einen demographischen Faktor nicht herum – der Kanzler hat das gelegentlich selbst gesagt, selbst die Gewerkschaften sind dieser Meinung. Nur Herr Riester lehnt es definitiv ab, und alle miteinander haben Sie die schon beschlossene Reform sinnlos zurückgenommen. Natürlich heißt demographischer Faktor, dass die Renten in Zukunft langsamer steigen als in früheren

Zeiten in Westdeutschland – aber sie steigen und bleiben sicher. Die Veränderungen sind am Anfang für den Einzelnen kaum spürbar, aber über zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahre ist der Spareffekt beachtlich, und darauf kann sich der Einzelne einstellen, vorbereiten, Vorsorge leisten. Sie aber kürzen jetzt willkürlich in zwei Jahren, und niemand konnte dafür Vorsorge treffen, und was danach werden soll, lassen Sie offen. So zerstören Sie Vertrauen und Veränderungsbereitschaft. Die Menschen – junge wie alte – wissen, dass Reformen nötig sind, aber Wortbruch und Manipulation sind schlechte Mittel, um gesamtgesellschaftliche Einsicht und Konsens für die Zukunftssicherung zu erreichen. Und dann reden Sie noch über Absenken der Altersgrenze, als ob nicht jeder wüsste, dass mittel- und langfristig bei steigender Lebenserwartung die Lebensarbeitszeit nicht immer kürzer werden darf.

Natürlich brauchen wir eine Stärkung der betrieblichen Alterssicherung und mehr private Vorsorge, aber doch bitte nicht mit neuen Zwangsabgaben. Vertrauen Sie doch auf Freiheit, Einsicht und Freiwilligkeit, und schaffen Sie bessere steuerliche Rahmenbedingungen. Schrittweise müssen wir zur nachgelagerten Besteuerung übergehen, um Investitionen in die Zukunft zu fördern und um mehr Gerechtigkeit bei der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit zu erreichen.

Demnächst wird das Verfassungsgericht bei der Besteuerung der Alters-einkünfte wohl mehr Gerechtigkeit einfordern. Dann werden Sie wieder tönen, das seien Versäumnisse der früheren Regierung.

**Und deshalb sage ich schon heute: Hätten Sie nicht die von uns schon beschlossene Steuerreform durch Ihre Obstruktionspolitik blockiert, wäre ein großer Schritt in Richtung Zukunftsvorsorge und Leistungsgerechtigkeit schon längst in Kraft.**

**Die Wachstumskräfte stärken, um mehr Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu schaffen, das war und bleibt der Weg der Union.**

Sie werkeln an einer Unternehmenssteuerreform herum, mit der Sie nur die Körperschaftsteuersätze senken wollen – nichts dagegen, aber dass Sie die einkommensteuerpflichtigen Einzelunternehmen und Personengesellschaften höher besteuern wollen als die körperschaftsteuerpflichtigen Großunternehmen, das ist so ziemlich das Dümme, was Sie machen können, wenn es um mehr Arbeitsplätze und wirtschaftliche Dynamik gehen soll. Rund 85% aller Unternehmen in Deutschland sind einkommensteuerpflichtig. Vom Mittelstand, von den Existenzgründern, von Handwerk, Handel, Dienstleistungen aller Art kommen die zusätzlichen Arbeitsplätze. Was immer Sie an irreführenden Begriffen benutzen – Sie reden

jetzt bei der Einkommensteuer so verdächtig beflissen von Privateinkünften – das Ergebnis wird eine Benachteiligung des Mittelstandes und weniger Wachstum und Beschäftigung sein.

Ich bin übrigens auch der Überzeugung, dass die soziale Marktwirtschaft auf den Eigentümerunternehmer neben der das persönliche Risiko begrenzenden Kapitalgesellschaft angewiesen bleibt. Gerade wenn wir nicht die Verabsolutierung von Shareholder Value wollen, wenn wir Unternehmen als soziale Veranstaltung verstehen, gewiss zum Zwecke der optimalen Befriedigung des Bedarfs nach Gütern und Dienstleistungen, aber eben auch mit Verantwortung für Kunden, Lieferanten, Arbeitnehmer, Allgemeinheit und Umwelt, dann brauchen wir auch Unternehmer, und das sind nicht nur Manager, sondern dazu gehört dann auch Risiko und Haftung, Ideen, Initiative und Investition.

**Wer wie der Bundeskanzler Unternehmen als gut und Unternehmer als schlecht begriff, der hat von sozialer Marktwirtschaft und sozialer Verantwortung nichts begriffen.**

Auf die schöpferische Kraft der Menschen zu setzen, das heißt Bildung und Ausbildung, Forschung und Innovation. Sie wollten die Ausgaben dafür verdoppeln – auf Ihrer Karte mit den ungedeckten Schecks –, und

jetzt kürzen Sie stattdessen. Die Ausgaben im Haushalt für Forschung und Bildung sollen im nächsten Jahr um über 10 % niedriger liegen. Sie verlieren übrigens die Landtagswahlen nicht nur wegen der miserablen Politik im Bund, sondern zum Beispiel auch, weil Schulen und Hochschulen in unionsregierten Bundesländern bessere Ergebnisse erzielen. Vom Wettbewerbsföderalismus halten Sie bekanntlich wenig.

Aber wenn unser freiheitlicher Rechtsstaat nicht in Bürokratie und Stagnation erstickten soll, brauchen wir klarere Zuständigkeitsabgrenzungen und Verantwortlichkeit zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund. Auch zu Europa. Und dann wollen wir Wettbewerb auf den jeweiligen Ebenen, weil sich über Wettbewerb die besseren Lösungen durchsetzen, und so fordern wir die Kräfte der Menschen und der Gemeinschaften zum Nutzen aller stärker heraus. Mit Ihrer Gesetzgebung zur Bekämpfung von Scheinselbständigkeit – bezeichnend ist schon der Begriff – haben Sie Ihr Misstrauen gegen Selbständigkeit unter Beweis gestellt, und das Elend Ihres 630-Mark-Gesetzes zeigt nur, dass nichts in Deutschland so schlecht ist, dass Sie es nicht noch verschlechtern könnten.

Subsidiarität – Vorrang des Einzelnen, der Familie, des freiwilligen Engagements vor dem Staat und Vorrang der kleineren Einheit vor der große-

ren, dem Bundesstaat – das ist unser Organisationsprinzip auch für die Europäische Union.

**Von Ihrer Regierung ist zu Außen-, Sicherheits- und Europapolitik kaum noch etwas Konstruktives zu hören. Fast scheint es, als sei Ihnen nach den Anstrengungen des Kosovo-Kriegs und ob der Enttäuschung, dass die ganzen Gipfelinszenierungen bei der Europawahl wenig genützt haben – die Lust ganz vergangen.**

Die Stabilisierung des Balkans ist eine der großen europäischen Aufgaben – vermutlich noch für lange Zeit. Aber da brauchen wir nun wirklich europäische Gemeinsamkeit, Alleingänge schaden und fördern bei unseren Partnern höchstens die Neigung, den Deutschen auf dem Balkan den Vortritt zu lassen. Im übrigen, wenn Herr Hombach nach eigener Einschätzung für die SPD so eine Belastung ist, dass er seine Parteiämter ruhen lässt, dann ist er als EU-Beauftragter wirklich eine Zumutung. Wir sollten den Eindruck vermeiden, die Partei sei wichtiger als der Staat. Und bei aller Bedeutung des Balkans für Deutschland und Europa ist die Entwicklung bei unseren Nachbarn im Osten noch wichtiger, und deshalb ist eine baldige und gelingende EU-Erweiterung noch mehr im deutschen Interesse.

**Da sind Sie mit der Agenda 2000 gescheitert, denn die Erweite-**

## **rungsfähigkeit der Europäischen Union hat sie jedenfalls nicht verbessert.**

Und wie Sie nach und während des gefährlichsten und schwierigsten Engagements in der Geschichte der Bundeswehr, und das war und das ist der Einsatz in Kosovo, Ihr Wort gegenüber Bundeswehr und Soldaten gebrochen haben, zeigt die ganze Hemdsärmeligkeit Ihrer Politik. Ich bin traurig, dass nach den Anstrengungen in der Kosovo-Krise der Plan für eine Stärkung europäischer Außen- und Sicherheitspolitik schon wieder verpufft zu sein scheint. Und Ihre Regierung leistet die größten Beiträge dazu, in dem Sie einseitig 18 Milliarden in vier Jahren aus der Finanzplanung der Bundeswehr herausstreichen, ohne zuvor die Frage, für welche Sicherheitsgefährdungen Bündnis, Europa und Bundeswehr Vorkehr treffen müssen und was daraus für die Strukturen der Bundeswehr folgt, geprüft, geschweige denn beantwortet zu haben.

## **So zäumt man das Pferd vom Schwanz auf, schwächt künftige Sicherheit und fördert nicht stärkere europäische und atlantische Partnerschaft wie Arbeitsteilung.**

Zu den notwendigen institutionellen Reformen in Europa für mehr Handlungsfähigkeit, Transparenz und demokratische Legitimation haben Sie bisher keine erkennbaren Beiträge geleistet. Die neue EU-Kommissi-

on und ihren Präsidenten haben Sie nach Auffassung aller mit Ihren nur auf Parteipolitik fixierten Rücksichtslosigkeiten geschwächt. Für die dringend notwendige Harmonisierung der Besteuerung von Kapitaleinkünften in der Europäischen Union wurde in Ihrer Präsidentschaft aber auch gar nichts erreicht. Und der Bereitschaft der Europäer zu gemeinsamem Handeln in der Umweltpolitik fügen Sie mit immer neuen Alleingängen immer mehr Schaden zu. Erst war es der unglückselige Herr Trittin, der halb Europa vor den Kopf stieß, und jetzt wollen Sie in der Energiebesteuerung für weitere vier Jahre nationale Alleingänge statt europäischer Harmonisierung. Wer Umweltschutz gegen Arbeitsplätze ausspielt, hat schon verloren, und deshalb brauchen wir – und jetzt bei liberalisierten Energiemärkten noch mehr – in der Energiebesteuerung europäische Lösungen. Sie haben ja im Frühjahr selbst gemerkt, zu welchen Verwerfungen Alleingänge in der Energiebesteuerung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt führen, anders ist der Unsinn der beschlossenen Stromsteuer ja gar nicht zu erklären. Und deshalb hatten Sie im Frühjahr immerhin versprochen, nur diesen einen Schritt in diesem Jahr noch im Alleingang, aber danach europäische Lösungen. Auch dieses Wort ist fünf Monate später nichts mehr wert. Und von Umweltschutz ist insgesamt kaum noch etwas in Ihrer Politik zu spüren,

wobei die Rolle der Grünen, der Verzicht auf Ideen und Identität, noch ein eigenes Kapitel ist.

**Noch kein Jahr im Amt, hat Ihre Regierung wie keine zuvor Vertrauen gründlich verspielt. Die Substanzlosigkeit Ihrer Politik ist entlarvt. Ihre eigenen Anhänger sind entsetzt und die Wähler laufen Ihnen in Scharen davon.**

Aber Sie haben die Mehrheit. Sie müssen regieren. Die Vorbereitung auf den nächsten Wahlkampf reicht nicht aus, wir, die Union, haben unseren Oppositionsauftrag angenommen. Wir üben Kritik, gemessen an der Wirklichkeit eher zurückhaltend, und setzen Sie unter den Druck besserer Alternativen. Wir werden keine Obstruktion leisten, im Bundestag nicht und nicht im Bundesrat. Das Land ist wichtiger als die Partei.

**Wir stellen uns dem Wettbewerb um den besseren Weg in eine Zukunft von Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit.**

Der Haushalt 2000, den wir beraten, markiert den Schritt in ein neues Jahrhundert. Die Chancen für unser Land an dieser Schwelle sind immer noch gut. Bei allen Problemen, in fünfzig Jahren ist viel Substanz geschaffen. Und die Menschen sind

bereit, zum Bewahren wie zum Verändern. Aber sie brauchen Führung, sie brauchen Vertrauen.

**„Deutschland ist ein starkes Land. Aber es hat eine schwache Bundesregierung. 3 Punkte, Glaubwürdigkeit, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit müssen wieder zur Richtschnur der Regierungspolitik werden.“**

Das, Herr Bundeskanzler, ist ein wörtliches Zitat aus Ihrem Regierungsprogramm vom vergangenen Jahr. Wer hätte Ihnen schon so viel prophetische Kraft zugetraut?

Alle Wahlerfolge der Union trösten uns nicht darüber hinweg: Drei Jahre, in denen Sie noch in diesem Hause die Mehrheit haben und deshalb Regierungsverantwortung tragen, sind eine zu lange Zeit, als dass es so weiter gehen dürfte wie bisher. Das haben die Menschen nicht verdient. Und deshalb, Herr Bundeskanzler, fangen Sie an mit einer Politik der Ernsthaftigkeit und der Wahrhaftigkeit, der Berechenbarkeit und der Verlässlichkeit, die auf Eigenverantwortung und Solidarität setzt und die den Menschen etwas zutraut. Zutrauen und Vertrauen gehören zusammen. Ohne Substanz, so wie bisher, geht es nicht weiter.

Friedrich Merz:

## **Wir sind bereit, mit Ihnen eine Steuerreform für Wachstum und Beschäftigung durchzusetzen**

Herr Bundesfinanzminister, Sie haben im Verlauf Ihrer Rede beklagt, dass die CDU/CSU in den zurückliegenden Wahlkämpfen die Wählerinnen und Wähler in Deutschland verunsichert habe und Sie deswegen nicht den aus Ihrer Sicht verdienten Wahlerfolg erzielt hätten. Ich sage Ihnen: Wir haben nicht die Wählerinnen und Wähler verunsichert, sondern es war überall dort, wo in den letzten Wochen Wahlen stattgefunden haben, festzustellen: Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland haben von Ihrer Politik und der Art Ihres Auftretens, Herr Bundeskanzler, die Nase gestrichen voll.

Sie haben – wie auch in der letzten Woche – erneut auf die Entwicklung der öffentlichen Finanzen und insbesondere des Schuldenstandes hingewiesen. Es kam, wie es nicht anders zu erwarten war. Sie haben gesagt – ich habe es wohl richtig mitgeschrieben –, es sei Ihnen ein Rätsel, wie man Konservativen unterstellen könne, sie könnten konsolidieren. Weil ich das genauso erwartet habe, habe ich mir nicht nur die Zahlen der letzten Jahre, sondern die

Zahlen von 1949 bis 1998 herausgesucht.

Herr Eichel, in den Jahren von 1949 bis 1969 hat die Verschuldung in Deutschland praktisch keine Rolle gespielt. Wir hatten eine Zins-Steuer-Quote in den öffentlichen Haushalten von 2,8 Prozent. Nach 1969 – deswegen war das, was der Kollege Kolbe dazu gesagt hat, völlig berechtigt und notwendig –, in der Zeit der sozialliberalen Koalition, ist die Verschuldung des Bundes in einem Zeitraum von 13 Jahren von 45 Milliarden DM auf über 300 Milliarden DM angestiegen.

*(Michael Glos [CDU/CSU]:  
So ist es! Unnötigerweise!)*

**In dieser Zeit, der ersten langen Regierungszeit einer sozialliberalen Koalition, ist die Zins-Steuer-Quote des Bundeshaushaltes von 2,8 Prozent auf 12,1 Prozent gestiegen. Die eigentlich dramatische Veränderung in den öffentlichen Finanzen hat es in der Verantwortung der sozialliberalen Koalition von 1969 bis 1982 gegeben.**

In der Zeit von 1982 bis 1989 – ich teile ganz bewusst die von Ihnen immer wieder zitierten, als Einheit dargestellten 16 Jahre in zwei Zeitabschnitte – konnte die Nettokreditaufnahme des Bundes von 37,2 Milliarden DM auf 19,2 Milliarden DM zurückgeführt werden. Es hat in der Zeit von 1982 bis 1989 eine Halbierung der Nettokreditaufnahme des Bundes gegeben. Hätte es nicht – ich werde darauf zu sprechen kommen – die außergewöhnlich hohen, von vielen – auch von uns – in diesem Umfang nicht so eingeschätzten zusätzlichen Belastungen durch die Überwindung der deutschen Teilung gegeben, hätten wir heute in Deutschland einen ausgeglichenen Bundeshaushalt.

Es ist wahr, es kam in den Jahren 1989/90 eine Herausforderung auch auf die deutsche Finanzpolitik zu, die in diesem Umfang und in diesem Ausmaß nicht vorherzusehen war. Gleichwohl ist es in den Jahren von 1990 bis 1998 entgegen vielen Befürchtungen nicht nur gelungen, den Geldwert stabil zu halten, sondern es ist auch gelungen, einen großen Teil der Erblasten aus 40 Jahren real existierendem Sozialismus in eine geordnete Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland zu überführen.

Es hat in diesen Jahren einen breiten politischen Konsens im Bundestag und im Bundesrat darüber gegeben,

dass diese Erblasten aus 40 Jahren Sozialismus in der alten DDR in einem außerhalb des regulären Bundeshaushaltes geführten Titel zusammengefasst werden, den wir damals Erblastentilgungsfonds und Fonds Deutsche Einheit genannt haben. Dieser Titel, dessen Volumen sich zum Ende des Jahres 1998 auf insgesamt mehr als 500 Milliarden DM addiert, ist außerhalb des regulären Bundeshaushaltes geführt worden.

Herr Bundesfinanzminister, es ist unredlich, wenn Sie heute diese Zahlen, in den Gesamthaushalt, in einen Titel einbeziehen und nicht die Differenzierung danach vornehmen, welches Schulden aus der alten DDR sind und welches die laufenden Schulden der öffentlichen Haushalte, insbesondere des Bundeshaushaltes ausmachen.

In der Zeit von 1990 bis 1998 ist dieses Land, ist diese Volkswirtschaft in der Lage gewesen, 5 Prozent seines Bruttoinlandprodukts für den Aufbau der neuen Bundesländer auszugeben. Wir sind in der Lage gewesen, in acht Jahren Zinserstattungen in Höhe von 80 Milliarden DM aus dem Haushalt zu zahlen, Tilgungen in Höhe von 18 Milliarden DM vorzunehmen und zusätzlich Sonder tilgungen in Höhe von 25,5 Milliarden DM aus den Bundesbankgewinnen dem Erblastentilgungsfonds zuzuführen.

Sie haben nicht nur den Fonds Deutsche Einheit und den Erblastentilgungsfonds in den allgemeinen Bundeshaushalt überführt, sondern Sie haben in diesem Jahr, 1999, die mögliche Tilgung in einem Umfang von 8 Milliarden DM dem Erblastentilgungsfonds gar nicht mehr zugeführt.

Wir hätten heute eine höhere Beseitigung der Schulden aus 40 Jahren real existierendem Sozialismus in einer Größenordnung von 8 Milliarden DM, die dem Erblastentilgungsfonds zusätzlich zugeführt worden wären, wenn Sie nicht den Erblastentilgungsfonds und den Fonds Deutsche Einheit in den allgemeinen Bundeshaushalt überführt hätten. Das ist die Wahrheit.

**Ich finde es schon ein bemerkenswert dreistes Stück, wenn Sie heute ständig über die nächste und die übernächste Generation reden, aber verschweigen, dass Sie im Jahre 1999 die 8 Milliarden DM Tilgung, die möglich gewesen wären, in den allgemeinen Bundeshaushalt überführt haben. Dies ist ein bemerkenswert dreistes Stück.**

Vor diesem Hintergrund lagen wir Ende 1998 – das war das letzte Jahr dieser schrecklichen 16 Jahre, die Sie immer beschreiben – dem Tilgungsplan zum Erblastentilgungsfonds um 20 Milliarden DM voraus. Wir hatten also Ende 1998 20 Milli-

arden DM mehr getilgt, obwohl im Jahre 1997 entgegen dem ursprünglichen Tilgungsplan für den Erblastentilgungsfonds die Tilgungen einmal ausgesetzt worden sind.

Diese Bundesregierung hat das Sparen nicht erfunden; sie spart in Wahrheit auch nicht. Im Bundeshaushalt des Jahres 2000 sind Ausgaben in einer Größenordnung von 478 Milliarden DM veranschlagt. Das sind gegenüber dem laufenden Haushalt 1999 nicht 30 Milliarden DM, sondern nur ganze 7 Milliarden DM weniger. Der laufende Haushalt des Jahres 1999 beläuft sich auf 485 Milliarden DM. Für das Jahr 2000 haben Sie Ausgaben von 478 Milliarden DM veranschlagt. Das sind nicht 30 Milliarden DM, sondern nur 7 Milliarden DM weniger. Ich werde auf eine Reihe von ungedeckten Schecks noch zu sprechen kommen.

**Auch hier der Vergleich zu dem, was war: Im Haushalt 1998 – und zwar im vollzogenen Haushalt des Jahres 1998 – belaufen sich die Bundesausgaben auf 455 Milliarden DM. Im ersten Jahr des Bundesfinanzministers Hans Eichel gibt die Bundesrepublik Deutschland nicht 30 Milliarden DM weniger, sondern 22 Milliarden DM mehr aus als im letzten Bundeshaushalt der alten Regierung. Das ist die Wahrheit.**

Dieser Betrag von 7 Milliarden DM, den Sie gegenüber dem laufenden

Haushalt 1999 sparen wollen, ist mit einer ganzen Reihe von ungedeckten Schecks finanziert. Ich will nur auf den größten Posten zu sprechen kommen: Sie wollen im Bereich des Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger die Länder und die Kommunen in die Pflicht nehmen. Allein in diesem Bereich wollen Sie nicht 2,25 Milliarden DM einsparen, sondern auf die Kommunen verschieben. Wenn Sie weitere Titel, die auf die Kommunen verschoben werden sollen, hinzunehmen, dann können Sie feststellen, dass allein 4,5 Milliarden DM, möglicherweise sogar 5 Milliarden DM, nicht wirklich gespart, sondern auf die Kommunen verschoben werden. Herr Bundesfinanzminister, Verschieben ist kein Sparen, sondern eine Lastenverschiebung auf die unteren staatlichen und kommunalen Ebenen.

Sie weisen in Ihrem Sparpaket globale Minderausgaben in einer Größenordnung von 5 Milliarden DM aus. Das heißt, ein ganz erheblicher Teil des Sparvolumens, das Sie realisieren wollen, ist nicht spezifiziert. Sie überlassen es jetzt dem Parlament und den Ressorts, Einsparungsvorschläge in einer Größenordnung von 5 Milliarden DM zu machen, von denen Sie heute schon wissen, dass sie nicht realistisch sind.

Ich nenne Ihnen ein ganz konkretes Beispiel: Sie machen insbesondere den Bundesverteidigungsminister für

Einsparungen in seinem Bereich verantwortlich, um damit einen großen Teil dieser sogenannten globalen Minderausgabe zu decken. – Herr Scharping ist im Augenblick nicht anwesend.

Mit dem, was der Bundeswehr im Rahmen dieses Sparpaketes zusätzlich zugemutet wird – entgegen allen Versprechungen, die ihr und ihrem Amtsinhaber, der gegen seinen Willen dieses Amt erhalten hat, gemacht worden sind; Ende des letzten Jahres hieß es, die Bundeswehr werde von den jetzt als notwendig angesehenen Sparmaßnahmen ausgenommen –, wird ihre Funktionsfähigkeit im Kern beschädigt.

Möglicherweise schließt sich gerade der Bundesaußenminister mit dem Bundesverteidigungsminister kurz. Es macht nämlich keinen Sinn, über internationale Verpflichtungen der Bundeswehr zu sprechen und weitere Beiträge der Bundesrepublik Deutschland zu internationalen Friedensmissionen in Aussicht zu stellen, wenn nicht gleichzeitig auch die Bundeswehr bezüglich ihrer Personalsituation und technischen Ausrüstung in die Lage versetzt wird, einen solchen Auftrag wahrnehmen zu können.

Ich komme zurück auf den Bundeshaushalt des Jahres 2000. Sie beziehen – nicht nur in den Haushalt des Jahres 2000, sondern auch in die mittelfristige Finanzplanung –

eine erhebliche Begrenzung des Einkommenszuwachses bei den Abschlüssen für die Beamten ein. Herr Eichel, die ÖTV und andere haben Ihnen bereits klar gesagt, dass das mit ihnen nicht zu machen ist.

Ganz objektiv wird es in einer ganzen Reihe von Bundesländern gar nicht so gehen können, wie Sie das wollen. Denn Sie haben offensichtlich übersehen, dass in Sachsen und in anderen ostdeutschen Bundesländern ein großer Teil der öffentlich Bediensteten, die Sie in Ihre Rechnung einbezogen haben, nicht Beamte, sondern Angestellte des öffentlichen Dienstes sind.

Sie können also von einer solchen Begrenzung des Zuwachses bei den Einkommen der Beamten und anderer Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes objektiv nicht ausgehen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal auf das Thema Ökosteuer zu sprechen kommen, jenseits aller steuerrechtlichen und sozialpolitischen Erwägungen: Wenn das Wirklichkeit wird, was Sie mit der Ökosteuer in den nächsten fünf Schritten geplant haben, dann werden Sie am Ende dieses Zeitraums im Bundeshaushalt Ausgaben – gesetzliche Verpflichtungen! – in einer Größenordnung von 150 Milliarden DM eingestellt haben, über die Sie nicht mehr verfügen können, es sei denn, Sie stellen die Finanzierung der Rentenversicherung über

die Ökosteuer zu einem späteren Zeitpunkt in Frage.

Herr Eichel, das sind rund ein Drittel der Auszahlungen des Bundeshaushaltes. Wenn Sie – ich widerspreche Ihnen nicht – beklagen, dass die Handlungsspielräume des Staates durch zu viele Vorfestlegungen bei den öffentlichen Ausgaben zu schmal werden, dann sage ich Ihnen: Mit diesem Konzept der Ökosteuer werden Sie sich auf der Ebene des Bundeshaushaltes endgültig jedes Handlungsspielraumes begeben, weil Sie mit der Quersubventionierung der Rentenversicherung durch die Ökosteuer Festlegungen getroffen haben, von denen Sie, wenn Sie das Wirklichkeit werden lassen, nie wieder herunterkommen.

Sie haben in diesem Zusammenhang gesagt, durch dieses Ökosteuerkonzept sei es erstmalig gelungen, die Abgaben zu senken. Herr Eichel, Sie senken doch keine Abgaben. Sie haben für die Probleme der Rentenversicherung, die unbestritten sind und über die wir ja schon lange diskutieren, nicht eine Problemlösung, sondern nur eine neue Finanzierungsquelle gesucht.

**Sie versuchen, mit einer eleganten Verpackung – wer wolle bestreiten, dass die Formulierung „ökologisch-soziale Steuerreform“ geschickt gewählt ist: jeder ist für Ökologie, jeder ist gerne sozial – zu verdecken, dass Sie in**

**Wahrheit ein zusätzliches, und zwar dauerhaftes, Problem für den Bundeshaushalt schaffen, wenn Sie Ausgaben aus dem Bundeshaushalt in diesem Umfang für die Zukunft festlegen.**

Wir werden im Bereich der Sozial- und Rentenpolitik und anderer sozialer Sicherungssysteme nicht um grundlegende Veränderungen herumkommen.

Wir werden um grundlegende Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme nicht herumkommen. Wir werden das auch deswegen nicht vermeiden können, weil die Beschäftigungsschwelle auf dem Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik – die Sie, Herr Eichel, zu Recht beklagt haben – außergewöhnlich hoch ist. Die Beschäftigungsschwelle sagt etwas darüber aus, ab welchem Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland oder in einer anderen Volkswirtschaft eine Zunahme an Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten ist.

Die Beschäftigungsschwelle in Deutschland ist in der Tat hoch. Sie ist höher als in den meisten Industrieländern dieser Welt. Woran liegt das? Sie haben wohlweislich in diesem Zusammenhang nicht darüber gesprochen, dass die Beschäftigung in Deutschland im laufenden Jahr 1999 wieder deutlich abgenommen hat. Im übrigen war auffallend, dass Sie in Ihrer fast einstündigen Rede

das zentrale Thema Ihrer Regierung, nämlich die Beseitigung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt, immer nur im Zusammenhang mit Haushaltskennziffern genannt haben.

Wir werden auch in der Haushalts- und Finanzpolitik sehr viel mehr über die wirtschaftspolitischen Grundfragen unseres Landes sprechen müssen. Zu diesen wirtschaftspolitischen grundsätzlichen Herausforderungen gehört, dass in der Bundesrepublik Deutschland die sogenannte Beschäftigungsschwelle gesenkt werden muss. Das geht aber nur, wenn Sie die Zutrittsbarrieren zum Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland senken und nicht weiter erhöhen.

Diese Bundesregierung hat zum Anfang ihrer Regierungstätigkeit genau das Gegenteil von dem getan, was zur Senkung der Zutrittschwellen zum Arbeitsmarkt in Deutschland notwendig gewesen wäre.

**Sie haben sich immer wieder selbst dafür gelobt, dass Sie Versprechungen gehalten haben. In der Tat ist es nicht ehrenrührig, Versprechungen zu halten. Sie haben aber, meine Damen und Herren, von Anfang an die falschen Versprechungen abgegeben.**

Sie haben nämlich der deutschen Öffentlichkeit – insoweit sind Sie jetzt Gefangene Ihrer eigenen Wahlkampfretorik des letzten Jahres –

den Eindruck vermittelt, man könne auch mit sehr hohen Kündigungsschutzschwellen, mit einer sehr umfangreichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und mit weiteren Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt das Problem nur dadurch lösen, wenn man das vorhandene Volumen an Arbeit möglichst gerecht verteilt. Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland hat aber nicht in erster Linie ein Verteilungsproblem, sondern ein nachhaltiges Investitions- und Wachstumsproblem.

Sie werden selbst bei einer besseren Entwicklung der Konjunktur, die in der Tat auch ohne Ihr Zutun im nächsten Jahr zustande kommen wird, nicht vermeiden, dass die Beschäftigungsschwelle in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor oberhalb des Zuwachses des realen Bruttoinlandsproduktes liegen wird.

**Wir brauchen in der Bundesrepublik Deutschland – darauf, Herr Eichel, haben Sie überhaupt keine Antwort gegeben – zur Absenkung der Beschäftigungsschwelle und für die Möglichkeit, mehr Beschäftigung zu organisieren, eine höhere Flexibilität des Arbeitsmarktes. Wir brauchen mehr Möglichkeiten, um auch im unteren Lohnbereich Beschäftigung zu organisieren. Wenn Sie mit diesen hohen Zutrittsbarrieren zum Arbeitsmarkt fortfahren, dann werden Sie dieses zentrale**

**Problem unseres Landes, das Sie zum zentralen Anliegen Ihrer Regierung gemacht haben, nicht lösen.**

Richtigerweise haben Sie in Ihrer Rede immer wieder die Steuerpolitik angesprochen. Sie haben gesagt, Sie wollten in der Bundesrepublik Deutschland ein Steuersystem nach Leistungsfähigkeit und Sie wollten in der Bundesrepublik Deutschland ein gerechtes Steuersystem, das mehr Beschäftigung ermögliche. Herr Eichel, ich habe in guter Erinnerung, wie die Angriffe aus den Reihen der Sozialdemokraten und aus den Reihen der sozialdemokratisch geführten Bundesländer gegen unser Steuerkonzept in den Jahren 1996 und 1997 gelaufen sind, als wir genau das, was Sie heute reklamieren, schon einmal machen wollten. Ich könnte Ihnen heute noch Briefe vorlesen, die Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion aus den Küsternländern verfasst haben. Ich könnte Ihnen einen Brief vorlesen, den die noch amtierende Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein geschrieben hat, als wir genau das machen wollten, was Sie heute reklamieren, nämlich die zahlreichen Ausnahmetatbestände in unserem Steuersystem zu beseitigen. Ich nenne nur das Beispiel der Schiffsbeteiligungen. Wir wollten das im Jahr 1997 angehen; wir wollten die steuerliche Bemessungsgrundlage so verbreitern, dass eine Besteuerung

nach Leistungsfähigkeit in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich verwirklicht wird. Diejenigen, die das verhindert haben, sitzen hier auf der linken Seite, meine Damen und Herren.

**Ich finde es ja schon fast amüsant, wie häufig an die Opposition appelliert wird, jetzt nicht zu blockieren. Offensichtlich haben Sie Angst davor, dass die heutige Opposition die gleichen Verhaltensmuster wie die frühere Opposition anwendet.**

Ich sage Ihnen: Wir werden das nicht tun. Im Gegenteil: Ich mache Ihnen zwei konkrete Angebote. Ich mache Ihnen das Angebot, dass wir mit Ihnen zusammen bei zwei zentralen innenpolitischen Fragen gemeinsame Konzepte erarbeiten und kurzfristig umsetzen.

Erstens. Wir sind bereit, mit Ihnen darüber zu sprechen, ob nicht die nebeneinander stehenden und häufig auch im Widerspruch zueinander stehenden Systeme der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Transfersystem zusammengefasst werden sollten.

Die Ausgaben für die Sozialhilfe bewegen sich in einer Größenordnung von 50 Milliarden DM und für die Arbeitslosenhilfe in einer Größenordnung von 30 Milliarden DM. Im Arbeitslosenhilfesystem besteht nicht die Möglichkeit, jemanden zu

entsprechender Beschäftigung heranzuziehen und zur Aufnahme gemeinnütziger Tätigkeit zu verpflichten. Die Behörden, die diese sozialen Systeme zu verwalten haben, stehen nebeneinander, teilweise sogar gegeneinander. Sie schieben sich die Fälle gegenseitig zu. Durch ein einheitliches Transfersystem könnte man hier nicht nur einen erheblichen Teil der Ausgaben einsparen, sondern auch eine konsistente Politik für diejenigen betreiben, die diese Systeme tatsächlich brauchen. Wir bekennen uns ausdrücklich dazu: Auch in Zukunft ist Sozialhilfe für diejenigen notwendig, die verschuldet oder unverschuldet ein Problem haben. Wir sind ausdrücklich bereit, zugunsten einer neuen Möglichkeit der Finanzierung, die auf unterer Ebene gehalten werden muss, die Systeme der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe zu einem System zusammenzufassen.

**Präsident Wolfgang Thierse:** Kollege Merz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fuhrmann?

**Friedrich Merz (CDU/CSU):** Der Kollege Fuhrmann? – Gerne.

**Arne Fuhrmann (SPD):** Herr Merz, habe ich Sie richtig verstanden, dass es im Bundessozialhilferecht keine Möglichkeit gibt, zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen zu werden? Das irritiert mich jetzt.

**Friedrich Merz (CDU/CSU):** Ich habe Verständnis dafür, Herr Kollege Fuhr-

mann, dass Sie das irritiert. Sie alle waren damals, als wir diese Regelung eingeführt haben, dagegen. Trotzdem haben Sie dies nach dem Regierungswechsel – richtigerweise – nicht geändert. Aber nach den Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes können Sozialhilfeempfänger zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden. Wenn Sie dieser Verpflichtung nicht Folge leisten, müssen sie eine erhebliche Kürzung ihrer Leistungen akzeptieren. Darauf habe ich ausdrücklich hingewiesen.

Ich habe darauf hingewiesen – Ihre Frage ist deswegen richtig und notwendig, weil sie mir Gelegenheit gibt, es noch einmal zu erklären –, dass von der Möglichkeit, Leistungen zu kürzen, im Rahmen der Arbeitslosenhilfe kein Gebrauch gemacht werden kann. Ich biete ausdrücklich an, dass die bisher nebeneinander stehenden Sozialsysteme – Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe – zu einem einheitlichen Sozialhilfesystem – wie immer Sie es nennen wollen – zusammengefasst werden. Wenn das geschieht, muss auch die Möglichkeit wie im heutigen Sozialhilferecht gegeben sein, Empfänger von Arbeitslosenhilfe zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen.

**Wir machen der Bundesregierung ein zweites konkretes Angebot der Zusammenarbeit. Wir sind bereit, mit Ihnen vorurteilsfrei auf der Basis aller bis zum heutigen**

**Tag erarbeiteten fachlichen und wissenschaftlichen Vorschläge in der Bundesrepublik Deutschland kurzfristig eine Steuerreform für Wachstum und Beschäftigung umzusetzen.**

Ich weise darauf hin: Die zentralen Probleme unseres Landes – nicht dieser Regierung; die wird den nachfolgenden Generationen völlig gleichgültig sein – bestehen darin, dass das wirtschaftliche Wachstum zu gering ist, dass es keine Investitionen gibt und dass die Beschäftigungsschwelle zu hoch ist. Wir müssen in der Bundesrepublik Deutschland ein Steuersystem verwirklichen, das den Forderungen nach mehr Wachstum und mehr Beschäftigung Rechnung trägt.

Wenn Sie die Fragen stellen: „Was ist sozial? Was ist soziale Gerechtigkeit?“ – vorausgesetzt, dies soll mehr als Worthülsen sein, mit der Sie Wahlkampf führen –, dann müssen wir antworten: Sozial gerecht ist das, was Beschäftigung in Deutschland schafft.

Diese Antwort bedeutet – bedauerlicherweise ist auch der Kollege Struck bei der Diskussion über dieses Thema nicht im Saal –, ein Steuersystem zu verwirklichen, das im wesentlichen dem entspricht, was wir in der letzten Legislaturperiode durchzusetzen versucht haben. Wir sind bereit – ich wiederhole das –, vorurteilsfrei auf der Basis aller fach-

lich erarbeiteten Vorschläge eine grundlegende Reform des Steuersystems in der Bundesrepublik Deutschland mit Ihnen durchzusetzen, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem Sie sich, Herr Eichel, mit Ihrem geplanten Betriebssteuerkonzept in den Fallstricken des Systems offensichtlich völlig verfangen haben.

**Wir sind bereit, das mit Ihnen gemeinsam zu machen. Wir sind bereit, das zu tun, wovon der Kollege Struck völlig zu Recht gesprochen hat, nämlich eine Steuerreform in Deutschland auf den Weg zu bringen, die diesen Namen wirklich verdient.**

Wir sind sogar bereit, mit Ihnen zusammen ein Versprechen einzuhalten, das Sie und nicht wir abgegeben haben, nämlich eine solche Steuer-

reform mit einer Nettoentlastung zum 01.01.2000 kurzfristig in Kraft zu setzen. Das ist möglich. Wenn es gelänge, dann ginge ein wirklicher Ruck für mehr Wachstum, für mehr Beschäftigung und für mehr Arbeitsplätze durch dieses Land.

Sparen ist zwar grundsätzlich richtig, aber wenn Sie es nur auf der Basis Ihrer verkorksten Haushaltslage tun, die Sie selbst zu Beginn des Jahres 1999 mit 30 Milliarden DM Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr herbeigeführt haben, wenn Sie nur Ihre eigenen Probleme lösen und nicht dazu beitragen, dass wir in Deutschland mehr Wachstum und mehr Beschäftigung bekommen, dann wird jede Sparoperation umsonst sein, dann werden die Probleme dieses Landes nicht gelöst.

*Wir müssen in der Bundesrepublik Deutschland ein Steuersystem verwirklichen, das den Forderungen nach mehr Wachstum und mehr Beschäftigung Rechnung trägt.*

**Friedrich Merz**